

heiten auf das Darmstädter Wort bezogen, unter ihnen auch Theologen und Pfarrer, die den Aufbau des Sozialismus in der DDR einschränkungslos befürworteten und sich so zu Helfershelfern der SED-Kirchenpolitik entwickelten. In kirchenamtlichen Äußerungen wurde – und das bis zum Schluß – weitaus häufiger die Stuttgarter Erklärung zitiert, und das auch dann, als sich der Bund der Evangelischen Kirchen auf den Lernweg einer Kirche im Sozialismus gewiesen sah. Für die Bejahung des staatspolitischen Grundziels der DDR, dem Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft, bot freilich das Darmstädter Wort legitimierende Aussagen, auf die häufig hingewiesen wurde. Abschnitt 5 spielte hier eine herausragende Rolle:

„Wir sind in die Irre gegangen, als wir übersahen, daß der ökonomische Materialismus der marxistischen Lehre die Kirche an den Auftrag und die Verheißung der Gemeinde für das Leben und Zusammenleben der Menschen im Diesseits hätte gemahnen müssen. Wir haben es unterlassen, die Sache der Armen und Entrechteten gemäß dem Evangelium von Gottes kommendem Reich zur Sache der Christenheit zu machen.“

Neben dieser These, die als Ermutigung zu einem neuen Dialog und zur Kooperation zwischen Christen und Marxisten gelesen werden konnte, war es vor allem die erklärte Absage an die Schwarzweißzeichnung des Ost-West-Gegensatzes, die das Darmstädter Wort anziehend machte. Obwohl es den Antikommunismus nicht explizit verwarf, mußte es von seinem Gesamtduktus her als Absage an den Geist des Antikommunismus verstanden werden. Man würde die äußerst differenzierte Sachlage schablonisieren, wenn man eine direkte Linie vom Darmstädter Wort zur Programmformel „Kirche im Sozialismus“ zöge. Das Darmstädter Wort ist ein wichtiges Dokument der kritischen Selbstbesinnung des Nachkriegsprotestantismus, auch wenn man Gründe genug findet und schon damals finden mußte, die gewählte Form und das Gefälle der Argumentation zu problematisieren. Die Autoren von Darmstadt haben keinen Zweifel daran gelassen, daß die SED-Diktatur ihren Vorstellungen von einem künftigen deutschen Staatswesen widersprach, „... das dem Recht der Wohlfahrt und dem inneren Frieden und der Versöhnung der Völker dient“. Andererseits haben sie und ihre Sympathisanten die Verhältnisse hinter dem eisernen Vorhang in ihrer komplexen Tragik häufig relativiert. Die Absage an den Geist des Antikommunismus hatte Denkverbote zur Folge, die es langfristig verhinderten, die Lage im Osten Europas in der Perspektive der Opfer des Kommunismus wahrzunehmen. Die in den intellektuellen Eliten des Westens insgesamt verbreitete Mentalität eines „Anti-Antikommunismus“ fand in den evangelischen Kirchen vielfältig Widerhall und hat hier die gebotene Realitätswahrnehmung nachhaltig getrübt. Dem korrespondierte allerdings eine weitreichende Wahrnehmungstrübung auf seiten derer, die es immer schon besser wußten und aus dem Ost-West-Konflikt ebenfalls eine ungebrochene Selbstaufwertung der eigenen politischen Präferenzen ableiteten. Auch hier

gibt es interessante wechselseitige Stabilisierungen. Auf diese Weise ist die Schuldfrage vielfältig instrumentalisiert worden. Statt der Selbstprüfung zu dienen, wurde sie meist entweder als Instrument der Selbstlegitimierung gehandhabt oder aber als Waffe der Delegitimierung abweichender politischer Positionen mißbraucht. Mit anderen Worten – und dabei bin ich beim Heute -: Der Ost-West-Konflikt ist der Aufarbeitung unserer deutschen Schuldgeschichte schlecht bekommen und hat zu Schädigungen der politischen Orientierungsfähigkeit geführt, die zu durchschauen wir noch viel Zeit und Geduld benötigen werden – in beiden Teilen des vereinigten Deutschlands. Ich danke Ihnen und bitte um Nachsicht für diesen Schlußsatz. (Beifall)

**Vorsitzender Rainer Eppelmann:** Ich bitte, jetzt die Fragen zu stellen und darum, deutlich zu machen, an welchen der beiden Referenten diese Frage gestellt werden soll. Ich werde danach beide bitten, darauf zu antworten. Es beginnt der Kollege Meckel.

**Abg. Meckel (SPD):** Meine erste Frage richtet sich an Herrn Hamel. Sie sind u. a. bekannt als ein Gegner der Bemühungen zur Gründung des Bundes der Evangelischen Kirchen. Ich würde darum bitten, daß Sie noch einmal kurz Ihre damaligen Argumente darstellen, mit denen Sie gegen die Gründung des Bundes votiert hatten, und diese kurz angesichts der zwanzigjährigen Geschichte des Bundes reflektieren. Ich weiß nicht, ob das kurz geht, aber ich wäre für einige Bemerkungen in dieser Richtung dankbar. Ich würde eigentlich die umgekehrte Frage an Werner Krusche stellen wollen, vielleicht kann er heute abend in der Diskussion dazu etwas sagen.

Die zweite Frage richtet sich an Herrn Prof. Beintker. Sie haben sehr interessant über die inneren Reflexionen der Schuldfrage in bezug auf die Zeit des Nationalsozialismus in Ost und West referiert. Welche Konsequenzen könnte dies haben oder welche Folgerungen könnte man ziehen für eine in den östlichen Kirchen stattfindende Diskussion, ob ein Schuldbekenntnis über die 40 Jahre Kirche in der DDR nötig ist?

**Vorsitzender Eppelmann:** Frau Dr. Wilms bitte.

**Abg. Frau Dr. Wilms (CDU/CSU):** Ich glaube, meine Frage geht mehr an Herrn Beintker, vielleicht auch an beide Herren. Sie haben, auch in dem Referat von Herrn Jüngel, viel von der Barmer Erklärung, dem Stuttgarter Schuldbekenntnis und dem Darmstädter Wort gesprochen. Was mich bewegt, ist, warum nach den Erfahrungen mit der NS-Zeit, mit der NS-Diktatur, nicht doch deutlichere Worte gegen die zweite Diktatur in Deutschland gefunden worden sind, als man sie gefunden hat. Das ist für mich eine Frage, auf die ich bisher keine Antwort weiß. Damit wir uns jetzt recht verstehen: Da ich aus dem Westen bin, möchte ich betonen: Ich sitze nicht auf dem hohen Roß und möchte hier nicht als Pharisäer gelten, denn ich weiß nicht, wie wir uns alle verhalten hätten, wenn uns in der Altbundesrepublik eine neue Diktatur beschert worden wäre. Ich sage das gleich hinzu, damit die